

„Es gibt eine konkrete Mitschuld der deutschen Politik am 7. Oktober“

Antisemitischer Antizionismus, linke Israelsolidarität und der „Historikerstreit 2.0“

Interview mit Stephan Grigat von Marie Sieah¹

Philosophie Magazin: Herr Grigat, das Massaker vom 7. Oktober, der Angriff der Hamas auf Israel, ist nun ein Jahr her. Es heißt, Deutschland stehe solidarisch mit Israel. War Deutschland tatsächlich solidarisch?

Stephan Grigat: Einerseits ja. Vergleicht man die Stellungnahmen der deutschen Politik und auch der deutschen Öffentlichkeit mit anderen europäischen Ländern, kann man feststellen, dass die Positionierung rhetorisch deutlich solidarisch mit Israel ist. Das ist auch die gängige Formulierung, wenn man die sogenannte deutsche Staatsräson in Bezug auf die Sicherheit Israels in Anschlag bringt. Allerdings gibt es ein großes Andererseits. Denn wenn man sich die konkrete Nahost-Politik der deutschen Regierungen der letzten Jahrzehnte anschaut, ist diese Staatsräson, etwas zugespitzt formuliert, ein Witz.

Wie meinen Sie das?

Deutschland betreibt seit Jahrzehnten eine Politik, welche die Sicherheit Israels aktiv gefährdet: Man ermöglicht den unmittelbaren Feinden Israels, namentlich dem iranischen Regime und seinen Verbündeten, durch milliardengeschäfte und eine kooperative Politik gegenüber Teheran die Realisierung ihres antiisraelischen Agierens. Es gibt eine konkrete Mitschuld der deutschen Politik an dem, was wir am 7. Oktober gesehen haben. Denn das Massaker der Hamas und der anderen beteiligten Gruppierungen wäre ohne die Unterstützung des iranischen Regimes so nicht möglich gewesen.

1 Erschienen in *philosophie Magazin*, 07.10.2024, <https://www.philomag.de/artikel/stephan-grigat-es-gibt-eine-konkrete-mitschuld-der-deutschen-politik-am-7-oktober>.

Ist das „Nie wieder“ vor diesem Hintergrund eine bloße Floskel?

Es hat sich eingereicht in eine phrasenhafte Gedenkpolitik, die sich bereits in den letzten Jahrzehnten in der bundesrepublikanischen Gesellschaft entwickelt hat. Das Problematische an dieser phrasenhaften Gedenkpolitik ist, dass der aktuelle und der globale Antisemitismus weitgehend ausgeblendet werden. Um es etwas polemisch zu formulieren: Mit den ermordeten Juden zeigt man sich solidarisch, aber den lebenden Juden in Israel wird die Solidarität verweigert, wenn es um die Bekämpfung von bedrohlich antisemitischen Formationen geht.

Was bräuchte es für ein ernstgemeintes „Nie wieder“?

Ein ernsthaftes „Nie wieder“ müsste ausgehend von der Erinnerung an den historischen Antisemitismus aktuelle antisemitische Gefahren ins Zentrum der Kritik stellen. Und das gilt nicht nur für die deutsche Gesellschaft, sondern auf globaler Ebene. Das heißt: Ein ernst gemeintes „Nie wieder“ erfordert eine Solidarisierung mit Israel, was die Unterstützung seiner militärischen Selbstverteidigung inkludiert.

Es gäbe aktuell viele Anlässe, zu protestieren. Doch bei keinem Konflikt ist der Protest und die Diskussion so aufgeladen wie beim Nahost-Konflikt. Woran liegt das?

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, warum dieser Konflikt aus vielen Richtungen so aufgeladen ist und deswegen auch ein gesteigertes Interesse findet. Aber als zentralen Punkt muss man die Rolle des Antisemitismus nennen, sowohl in dem Konflikt als auch bei seiner Betrachtung. Eines der Grundprobleme in der deutschsprachigen Diskussion scheint mir zu sein, dass immer wieder so getan wird, als wenn der offensichtlich vorhandene Antisemitismus in den arabisch und islamisch geprägten Gesellschaften eine Folge der Gründung des Staates Israel 1948 wäre. Aber das ist falsch. Es ist genau umgekehrt. Man muss betonen, inwiefern der Antisemitismus in diesen Gesellschaften, der schon vor 1948 existiert hat, einer der zentralen Gründe dafür ist, dass dieser Konflikt überhaupt so entstanden ist. Es geht darum, in der Sicht auf diesen Konflikt, in den Projektionen die wir gegenüber Israel sehen, zu verstehen, inwiefern der antisemitische Antizio-

nismus eine Art geopolitische Reproduktion des traditionellen Antisemitismus darstellt. Es ist wichtig, in den aktuellen Debatten historische Bezüge herzustellen. Denn die Vorstellung, dass der Staat Israel in Wirklichkeit gar kein echter, natürlicher Staat sei, sondern ein „künstliches Gebilde“, geht unter anderem auf den Nationalsozialismus zurück. Diese Vorstellung findet sich nach 1945 in diversen politischen Formationen wieder. In diesen Ausprägungen des Antizionismus ist man immer mit der Aufspaltung in konkret, natürlich, gut und abstrakt, künstlich, böse konfrontiert. Das ist ein Mechanismus, den wir aus dem klassischen Antisemitismus kennen, und der hier in eine antizionistisch-antisemitische Agitation gegen den jüdischen Staat transformiert wird.

Kann man dieser Projektion etwas entgegensetzen?

Gegen Antisemitismus geht es immer um zwei Dinge, die aber zusammengehören. Es ist notwendig, antisemitischer Ideologie mit dem Versuch von Aufklärung zu begegnen, aber stets im Bewusstsein über die Grenzen der Aufklärung. Im Antisemitismus wird auf die Widersprüche, auf die Krisenerscheinung der modernen Gesellschaft mit einer Projektion auf Juden und Jüdinnen und aktuell immer stärker auf den jüdischen Staat reagiert. Eine Erziehung zur Mündigkeit im Sinne Theodor W. Adornos würde bedeuten, dass man Menschen in die Lage versetzt, möglichst selbstreflexiv auf diese Widersprüche und Krisenerscheinungen zu reagieren. Im Sinne einer kritischen Theorie wäre Erziehung zur Mündigkeit eine Art Immunisierung gegen nicht nur antisemitische, sondern auch rassistische oder sexistische Projektionsleistungen. Und damit komme ich zum zweiten Punkt, um den es gehen muss: Repression. Auch diesbezüglich kann man sich auf Adorno beziehen. In einem seiner wichtigen Texte zur Bekämpfung des Antisemitismus heißt es, dass man die Machtmittel „ohne jede Sentimentalität“ zur Anwendung bringen muss (Adorno 1962: 364). Und ich denke, das gilt nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene für die deutsche Gesellschaft, sondern es gilt auch gegenüber antisemitischen Akteuren in der internationalen Politik. Wenn es nicht gelingt, auf Aufklärung und Selbstreflexion zu setzen, muss man sich bewusst sein, dass es um Repression auf staatlicher, auf institutioneller und auf zwischenstaatlicher Ebene gehen muss, weil in letzter Konsequenz Antisemitismus wie auch Rassismus auf Massenmord hinauslaufen.

Der Nahost-Konflikt spaltet seit jeher die linke Szene. Wie ist ein emanzipatorisches Bestreben mit einem Bewusstsein für die Notwendigkeit des Staates Israel zu vereinen?

Vielleicht kann man das am ehesten mit dem kategorischen Imperativ von Karl Marx und jenem von Adorno versuchen zu erklären. Nach Marx geht es darum, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen Menschen ausgebeutet und beherrscht werden. Das 20. Jahrhundert ist von dem genauen Gegenteil von allgemein menschlicher Emanzipation charakterisiert, von der totalen Negation von Emanzipation: Faschismus, Stalinismus und Nationalsozialismus. Adorno sagt, „Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen“, nämlich alles „Denken und Handeln so einzurichten, daß Ausschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“ (Adorno 1966: 358). Das heißt: solange diese allgemeine Emanzipation im Sinne von Marx nicht durchgesetzt werden kann, ist es ein kategorischer Imperativ, zumindest das Schlimmste zu verhindern. Es geht also um ein Bewusstsein davon, was in der zu kritisierenden bürgerlich-kapitalistischen, liberalen Gesellschaft als noch Schlimmeres jederzeit droht. Und vor dem Hintergrund geht es darum, das schlechte Bestehende zu verteidigen gegen das Schlimmste, welches im Antisemitismus zum Ausdruck kommt. Bezogen auf Israel bedeutet das erstens, den Grundgedanken des Zionismus zu unterstützen, nämlich die Annahme, dass es einer wehrhaften jüdischen Staatlichkeit bedarf, um Juden und Jüdinnen nach der Erfahrung des Nationalsozialismus eine Selbstverteidigung gegen Antisemitismus zu ermöglichen und eine neue Vernichtungspolitik zu verhindern. Und zweitens muss man benennen, von wem so etwas droht, und das ist aktuell vor allem das iranische Regime mit seinem Nuklearwaffenprogramm und seine bis an die Zähne bewaffneten Verbündeten in der Region wie beispielsweise die Hisbollah. Vor diesem Hintergrund ist es für eine Gesellschaftskritik in der Tradition von Marx und in der Tradition der Kritischen Theorie von Adorno überhaupt kein Widerspruch, dass man einerseits gegen jegliche Form von Herrschaft und Ausbeutung auftritt und gleichzeitig sich eindeutig solidarisch mit dem jüdischen Staat Israel erklärt.

Eine Positionierung im Nahost-Konflikt ist mit festen Zuschreibungen verbunden. Entweder du bist Zionist oder du bist Imperialist oder du bist Antisemit oder du bist Islamist. Ist der Nahost-Konflikt als Phänomen einer Identitätspolitik zu deuten?

Solche Zuschreibungen kennen wir auch aus anderen Konflikten. Sie sind aber zugegebenermaßen bei diesem Konflikt schärfer und stärker. Man sollte jedoch sehen, dass auch der Zionismus eine spezifische Form von Identitätspolitik ist. Das zeigt, dass man nicht jegliche Form von Identitätspolitik per se ablehnen kann. Mitunter ist eine bestimmte Form von Identitätspolitik ein notwendiger Beitrag zur Entwicklung von Widerstandsfähigkeit. Unabhängig davon verweise ich gerne auf den Unterschied solcher Debatten im Nahen Osten und in Europa. In der Region selbst wird viel weniger identitätspolitisch argumentiert, und es ist sehr viel einfacher, über die realen, konkret existierenden Konflikte zu reden. Es würde der deutschsprachigen Debatte nicht nur im Rahmen von identitätspolitischen Diskussionen, sondern ganz allgemein sehr guttun, wenn man zumindest die Heterogenität und Vielschichtigkeit sowohl der israelischen Gesellschaft als auch der arabischen Gesellschaften zur Kenntnis nehmen würde. Das allein wäre schon ein Fortschritt für die Debatte in Deutschland, und damit ließen sich vielleicht auch die schlechten identitätspolitischen Elemente, die in der deutschen Debatte eine große Rolle spielen, etwas zurückdrängen.

Was zunächst widersprüchlich scheint, ist aktuell wie auch historisch sichtbar: Überschneidungspunkte Rechtsextremer und Islamisten. So führt Götz Kubitschek beispielsweise fanatische Islamisten als Paradebeispiel für wahre Männlichkeit an. Nun gibt es aber auch Gruppen, die sich als links verstehen, und die Hamas als Freiheitskämpfer bezeichnen. Wie geht das zusammen – eine Allianz zwischen Rechtsextrem, Links und Islamistisch?

Zum einen haben wir historisch ein Bündnis von Teilen der arabischen Nationalbewegung, von Teilen des Islams und des Islamismus mit dem historischen Faschismus und Nationalsozialismus. Die Sinnhaftigkeit solcher Bündnisse ist in der heutigen europäischen und auch deutschen rechtsradikalen Szene zwar umstritten. Es gibt aber – sie haben Kubitschek angesprochen – auch eine einflussreiche Fraktion, die auf Gemeinsamkeiten verweist, weil es große ideologische Schnittmengen gibt: traditionelle Geschlechterbilder, Antisemitismus, Antifeminismus und Autoritarismus

beispielsweise. Im globalen Maßstab, wenn jeder bei ‚seiner‘ Ethnie und ‚seiner‘ Kultur bleibt, wird der politische Islam von einigen Rechtsradikalen als ein wichtiger Bündnispartner gesehen im Kampf gegen den eigentlichen Feind: den liberalen Westen. Explizit antisemitisch wird dieser liberale Westen immer mit Juden und Jüdinnen identifiziert und dann sozusagen an ihnen bekämpft. Wenn man jetzt noch die von Ihnen angesprochenen linken Hamas-Fans dazu nimmt, sehen wir ganz deutlich, dass der israelbezogene Antisemitismus eine Integrationsideologie ist. Der Hass auf Israel bringt nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch bei gemeinsamen Aktionen politisch extrem heterogene Formationen zusammen.

Das Buch „Erinnern als höchste Form des Vergessens?“, das 2023 erschienen ist und von Ihnen im Verbrecher Verlag mit herausgegeben wurde, behandelt einen sogenannten „Historikerstreit 2.0.“ Was ist damit gemeint?

Es gab einen Historikerstreit eins punkt null in den 1980er Jahren. Da war die deutsche Gesellschaft mit einem Geschichtsrevisionismus konfrontiert, der eindeutig aus der politischen Rechten kam. Das neue an den aktuellen Diskussionen, was wir und andere unter dem Begriff „Historikerstreit 2.0“ zu fassen versuchen, ist, dass wir plötzlich mit einem Geschichtsrevisionismus von links konfrontiert sind. Darin werden letztlich drei Dinge verhandelt: erstens das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus, zweitens das Verhältnis von Kolonialismus und den nationalsozialistischen Massenverbrechen gegen Juden, und drittens das Verhältnis von deutscher Erinnerungspolitik und der Bedeutung Israels. Der Antisemitismus wird in diesen Debatten in der Regel einfach unter dem Rassismus subsummiert. Es werden die Besonderheiten des Antisemitismus in Abrede gestellt oder zum Verschwinden gebracht. Die politische Intention ist dabei sehr deutlich: Um freies Schussfeld auf den Staat Israel zu haben, muss man die Präzedenzlosigkeit und die besondere Qualität des nationalsozialistischen Antisemitismus eskamotieren, um nicht über die Besonderheit der jüdischen Staatlichkeit reden zu müssen. Der Staat Israel wird nicht mehr wahrgenommen als ein Staat, der von Menschen gegründet wurde, die vor Antisemitismus geflohen sind, sondern man erklärt den Staat Israel zu einem Kolonialprojekt. Hier offenbart sich vor allem historische Unkenntnis, denn die Gründung des Staates Israels war auch ein antikolonialer Akt, weil die Kolonialmacht Großbritannien dadurch aus der Region gedrängt wurde.

Machen Sie sich angesichts all dessen Sorgen um einen größer und hemmungslos werdenden Antisemitismus in Deutschland?

Selbstverständlich mache ich mir Sorgen. Es ist empirisch eindeutig, dass der 7. Oktober als ein Fanal gewirkt hat. Er hat nicht zu einem Erschrecken darüber geführt, wohin antisemitische Agitation und Propaganda letzten Endes führen, nämlich zum Massenmord. Das Problem ist, dass wir mit einer antisemitischen Mobilisierung konfrontiert sind, die aus der politischen Rechten, aus der politischen Linken und aus der politischen Mitte kommt und in islamisch geprägten Milieus derzeit besonders stark ist. Und deswegen braucht es in Deutschland in all diesen Bereichen Maßnahmen: Einerseits im Sinne einer Erziehung zur Mündigkeit und andererseits müssen klare, deutliche Grenzen gezogen werden. Es geht also neben Bildungsprogrammen auch um staatliche institutionelle Repression gegenüber Antisemitismus, um dieser massiven Zunahme etwas entgegenzusetzen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1962): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften (GS), Bd. 20, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1997, 360–383.
- Adorno, Theodor W. (1966): Negative Dialektik, in: Adorno, Theodor W.: GS, Bd. 6, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1997, 7–412.
- Grigat, Stephan/Hoffmann, Jakob/Seul, Marc/Stahl, Andreas (Hg.) (2023): Erinnern als höchste Form des Vergessens? (Um-)Deutungen des Holocaust und der „Historikerstreit 2.0“, Berlin: Verbrecher.

